

Stellungnahme zum Abstimmungsverhalten der Grünen Bundestagsfraktion zum kombinierten ISAF/Tornado-Mandat

10.10.07

Erfolg für die Parteibasis

Wir begrüßen ausdrücklich das bei einer Probeabstimmung der Bundestagsfraktion am 09.10.07 zustande gekommene Ergebnis, bei dem mehr als zwei Drittel der Grünen Abgeordneten dem Parteitagsvotum von Göttingen gefolgt sind, dem kombinierten ISAF/Tornado-Mandat nicht zuzustimmen.

Von den 51 Abgeordneten haben 26 mit Enthaltung gestimmt, 7 mit Nein und 15 mit Ja. Drei Abgeordnete nahmen an der Sitzung nicht teil. Von den beiden Fraktionsvorsitzenden stimmte Renate Künast mit Enthaltung und Fritz Kuhn mit Ja.

Hatten sich noch im März 26 Abgeordnete für einen Tornado-Einsatz in Afghanistan ausgesprochen, so sehen wir in dem erneuten Abstimmungsergebnis einen Erfolg und das Votum der Parteibasis respektiert. Ebenso begrüßen wir die Einbringung des Entschließungsantrages, in dem die differenzierte Haltung von Bündnis 90/Die Grünen zum Afghanistan-Einsatz zum Ausdruck gebracht wird und ein schrittweiser Abzug in dem Maße, wie die Afghanen in der Lage sind, selbst für die Sicherheit im Lande zu sorgen und den Wiederaufbau abzusichern, gefordert wird.

Echte Gewissensentscheidungen respektieren

Selbstverständlich respektieren wir auch ausdrücklich Zustimmungen und entsprechende persönliche Erklärungen, die sich auf die persönliche Freiheit der Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten nach Art. 38 GG berufen.

Irritiert sind wir dennoch über das Vorgehen der fünf hessischen Bundestagsabgeordneten, die ihre gemeinsame Zustimmung nach „Signalisierung“ ihres Landesvorstandes in einer kollektiven Erklärung vom 04.10.07 begründet haben. Die darin enthaltene Berufung auf „Menschenrechtsorganisationen wie *Humans Right Watch*, *medico international* oder die *Gesellschaft für bedrohte Völker*“, hat sich zudem inzwischen insofern relativiert, als sich mit *medico international* in Person ihres Geschäftsführers Thomas Gebauer bereits eine dieser Organisationen vom Wortlaut dieser Erklärung deutlich distanziert hat.

Für die InitiatorInnen der Sd.-BDK

Peter Alberts (KV Münster), Martin Lürer (Vorstandssprecher KV Hersfeld-Rotenburg), Barbara Richter (KV Hagen), Delf Schnappauf (KV Schwalm-Eder), Julia Seeliger (KV Berlin-Mitte), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Angela Dorn (KV Marburg-Biedenkopf), Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg), Ruth Birkle (KV Karlsruhe-Land), Jörg Rupp (KV Karlsruhe), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Richard Janus (RV Wartburgkreis/Stadt Eisenach), Stefanie Dolling (KV Weimarer Land), Christian Meyer (KV Holzminden), Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Horst Schiermeyer (KV Löbau-Zittau), Vasco Schultz (Vorsitzender GAL KV Hamburg-Wandsbek), Jürgen Klippert (KV Hagen), Harald Eufinger (KV MARK), Hans Christian Markert (KV Neuss), Dennis Melerski (KV Gelsenkirchen), Maik Babenhauserheide (KV Herford), Michael

Körner (Vorsitzender KV Ettlingen), Gregor Simon (KV Bergstraße), Richard Dammann
(Vorstandssprecher KV Coesfeld)